

Vorstand und Hauptvorstand Herbstsitzung in Bingen

Konzentrierte Agenda, differenzierte Diskussionen, Verabschiedungen

Die Herbstsitzungen von Vorstand und Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz haben am 5. November 2019 in Bingen stattgefunden.

Neben einem intensiven Austausch zur aktuellen gewerkschaftspolitischen Lage ging es insbesondere um

- die Positionierung des Landesbundes zum digitalen Transformationsprozess speziell in der öffentlichen Verwaltung (vergleiche Entschlüsselung, abgedruckt auf Seite 3),
- die aktuelle Landesbundforderung nach einer Attraktivitätsoffensive im öffentlichen Dienst,

- einen Ausblick auf die anstehende Tarifrunde für Bund/Kommunen (TVöD) samt der zugehörigen vorbereitenden Schritte beim dbb,

- satzungsrechtlich zu fassende Beschlüsse über den Haushalt, die Aufgabenverteilung und Vertretungsregelung in der Landesleitung sowie unter anderem um

- Genehmigung von Änderungen an der Satzung der dbb jugend rheinland-pfalz.

Zum ersten Punkt verabschiedete der Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz als höchstes Beschlussgremium zwischen Gewerkschaftstagen einstimmig die Entschlüsselung

mit dem Titel „Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung: Chancen nutzen. Risiken minimieren. Mehr Mittel bereitstellen.“ – siehe Seite 3.

Zum Stichwort „Attraktivitätsoffensive“ erfolgten Berichte und Hintergrundschilderungen zu den einzelnen Gesprächen mit Landesregierung und Landtagsfraktionen, die in der laufenden Gesprächsreihe dieses Herbstes bis zur Hauptvorstandssitzung von der Landesleitung geführt wurden.

Die Mitglieder und Beisitzer des Hauptvorstandes waren sich einig, dass das Land weiter dranbleiben müsse, um die Attraktivität von Berufen im öf-

fentlichen Dienst weiter zu steigern.

Die finanzielle Anstrengung der aktuellen Bezügeanpassung nach langer Sparstrecke erkannte das Gremium an. Damit es in Zukunft zu dauerhaften konkurrenzfähigen Rahmenbedingungen im öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz kommt, zeigte sich das Gremium mit den Landesleitungsforderungen umfassend einverstanden, siehe auch die Gesprächsberichte in diesem Heft.

Im Ausblick auf die nächstes Jahr anstehende Tarifrunde um den TVöD für Bund und Kommunen entwickelte sich eine rege, im Kern kritische Diskussion über die bereits ins öffent-



> Vorstand des dbb rheinland-pfalz.



> dbb Landeschefin Lilli Lenz und der ehemalige DPoIG-Landeschef Benno Langenberger.

liche Blickfeld gerückte, in anderen Branchen tariflich umgesetzte Forderung „Zeit statt Geld“.

Der Vorstand befand sodann einstimmig über die von der Landesleitung erstellte Vorlage zur Aufgabenverteilung zwischen Landesvorsitzender und ihren Stellvertretern. Der Hauptvorstand legte die übliche Stellvertreterreihenfolge für den Verhinderungsfall fest. Details sind der Landesbund-Homepage unter www.dbb-rlp.de bei den einzelnen Landesleitungsmitgliedern zu entnehmen.

Die dbb jugend rheinland-pfalz legte Änderungen ihrer Satzung vor, die der Hauptvorstand genehmigte.

Redaktionelle Änderungen wie die Berücksichtigung geschlechtsgerechter Sprache wurden vorgenommen. Die Amtszeit der Landesjugendleitung wurde auf drei Jahre verkürzt. Das „Organisationsalter“ – wann ist ein Einzelmitglied „jugendlich“? – wurde auf 30 Jahre erhöht und die gebietliche Untergliederung wurde vereinfachend auf Regionalverbände umgestellt.

Berichte aus den Gremien des dbb Bund, aus der dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz, der dbb landesfrauenvertretung rheinland-pfalz, der dbb jugend rheinland-pfalz,

dem Arbeitskreis Seniorenpolitik und dem Arbeitskreis Bildungsgewerkschaften sowie den gebietlichen Untergliederungen und von den Kassensprüfern rundeten den Lagebericht im Hauptvorstand ab. Die satzungsgemäßen Haushaltsbeschlüsse wurden gefasst.

Anvisierter Termin für die nächsten Sitzungen von Vorstand und Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz ist Dienstag, 5. Mai 2020.

> **Verabschiedungen**

Verabschiedet aus dem Hauptvorstand wurde der ehemalige stellvertretende dbb Landesvorsitzende **Axel Schaumburger** (Gewerkschaft Strafvollzug – BSBD). Der Diplom-Verwaltungswirt (FH) war seit 2009 über zwei Amtsperioden stellvertretender Landesvorsitzender des dbb rheinland-pfalz. Hier oblag ihm bis Mai 2019 die Leitung des Arbeitskreises Seniorenpolitik, die Kontaktpflege zum Seniorenverband BRH Rheinland-Pfalz sowie die Vertretung des Landesbundes in der dbb bundesseniorenvertretung.

In der Landesleitung war Axel Schaumburger außerdem zuständig für die Angelegenheiten der Bundesbediensteten, die Betreuung des dbb Bezirksverbandes Trier und der dazugehörigen dbb Kreisverbände sowie für Fragen der inneren



> Die ehemalige dbb Landesjugendleiterin Sandra Jungnickel mit Lilli Lenz.

Sicherheit. In der vorangegangenen Amtsperiode bis 2014 verantwortete er beim Landesbund die Mitgliederwerbung und hatte die Leitung des Arbeitskreises Bezirks- und Kreisverbände inne.

Ebenfalls verabschiedet wurde die ehemalige Landesjugendleiterin der dbb jugend rheinland-pfalz, **Sandra Jungnickel** (Deutsche Justizgewerkschaft – DJG).

Fünf Jahre war die Justizbeschäftigte Vorstandsmitglied beim dbb Landesbund in ihrer Eigenschaft als Landesleiterin der dbb jugend rheinland-pfalz. Hier führte sie die Interessenvertretung der Gewerkschaftsjugend im Landesbund effektiv weiter, setzte die Reihe der jährlichen Jugendseminare fort und etablierte neben regelmäßigen Sommerfesten auch weitere Events geselligen Charakters zur Mitgliederbindung und -gewinnung. Aber auch für den Ernst des (Gewerkschafts-) Lebens hatte die von ihr geführte Landesjugendleitung eine starke Ader: Unverdrossen wurde mit pfiffigen Ideen jedes Jahr die entsprechend anstehende Entgeltrunde begleitet, bei Demonstrationen war die Jugend in der Amtsperiode immer ganz vorne mit dabei – wie es sich gehört. Außerdem sorgt die Jugend seit der letzten Amtsperiode ihrer Leitung verschärft für einen schnellen gewerkschaftlichen Informationsfluss mittels Nutzung der sozialen Medien. Und zum Ende ihrer Amtszeit unterzog die Landesjugendleitung unter der Ägide von Sandra Jungnickel die Jugendsatzung noch der erwähnten Modernisierung. Als DJG-Fachbereichsvorsitzende Tarif bleibt Sandra Jungnickel in der dbb arbeitnehmervertretung an Bord.

Schließlich verabschiedete der Hauptvorstand noch den ehemaligen Landesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft Rheinland-Pfalz, **Benno Langenberger**, aus seinen Rei-



> Lilli Lenz und der ehemalige stellvertretende dbb Landesvorsitzende Axel Schaumburger.

hen. Auf 42 Jahre im Polizeidienst – unter anderem viele Jahre als stellvertretender Leiter der Polizeiinspektion Gernersheim (2006 bis 2014) – und auf 23 Jahre im Dienst der DPoIG kann Benno Langenberger zurückschauen, denn einen Tag nach Beendigung des Landesdelegiertentages der DPoIG in Trier am 30. Oktober 2019 war sein letzter Dienst-Tag bei der Polizei. Vorher ab 1996 zehn Jahre lang DPoIG-Kreischef Südpfalz und seit 1997 stellvertretender Landesvorsitzender, wurde Benno Langenberger, der mittlerweile seit 2006 dem DPoIG-Bezirksverband Rheinland-Pfalz vorsah, 2014 Landesvorsitzender der DPoIG in Rheinland-Pfalz – und damit auch Vorstandsmitglied beim dbb Landesbund. Seit 2015 war er Mitglied im DPoIG Bundesvorstand. Ab 2001 war er Mitglied im Hauptpersonalrat und im Gesamtpersonalrat des Polizeipräsidiums Rheinland-Pfalz. Das sind Jahrzehnte voller Erfahrung und Kenntnisse in der effektiven, erfolgreichen Interessenvertretung mit Einsatzbereitschaft und Herzblut.

Allen Verabschiedeten gebührt großer Dank für ihr langjähriges unermüdliches Engagement im dbb für die gemeinsame Sache und für die Kolleginnen und Kollegen. Vielen Dank für Einsatz, Mitwirkung und Zusammenarbeit! Für die Zukunft nur das Allerbeste!

Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz

Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung: Chancen nutzen. Risiken minimieren. Mehr Mittel bereitstellen.

Entschließung vom 5. November 2019

Digitalisierung gewinnt allgemein immer mehr an Fahrt. Die damit verbundenen Unsicherheiten sind allenthalben groß.

Obwohl Digitalisierung Erleichterungen und Hilfestellungen ermöglichen soll, klagen viele Beschäftigte quer durch alle Branchen über wachsenden Zeit- und Arbeitsdruck in ihrem Fahrwasser und vermissen ein klares Bild von der Digitalstrategie des Arbeitgebers in ihrer Arbeitsstätte.

Dabei bietet Digitalisierung insbesondere im öffentlichen Dienst große Chancen: Durch die Automatisierung von Routinen kann bisher dafür eingesetzte Arbeitskraft zur Erledigung komplexer Aufgaben genutzt werden, wie sie den öffentlichen Verwaltungen andauernd zuwachsen.

Damit das serviceorientiert und verträglich gelingt, muss Digitalisierung aber zielgerichtet und gut gemacht, mit ausreichenden Sach- und Finanzierungsmitteln ausgestattet sowie vom Personal anerkannt sein.

Im Mittelpunkt der Digitalisierung muss immer der Mensch stehen.

Der dbb rheinland-pfalz fordert:

- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes – ob junge „Digital Natives“

oder erfahrenes Personal – müssen auf den Digitalisierungsweg mitgenommen und bei der Entwicklung miteinbezogen werden. Digitalisierung über die Köpfe der Mitarbeiter hinweg kann nicht funktionieren.

- Elektronische Informations- und Datenverarbeitungstechnik muss laufen.
- Kleinteilig herumdokternde „Bordmittel-Lösungen“ für das Minimalziel „irgendwie wird es schon gehen“ reichen nicht aus, um digital Anschluss halten zu können.
- Einheitliche und kompatible IT-Standards sind nötig, die verwaltungsübergreifenden elektronischen Datenaustausch und problemloses elektronisches sowie mobiles Arbeiten ermöglichen.
- Alle Dienststellen brauchen entsprechend moderne IT- bzw. EDV-Ausstattungen, mit denen sie ihre Aufgaben leichter erledigen können.
- Eine fortlaufende, planvolle Modernisierung der Ausstattung ist zu sichern.
- Ein professioneller technischer Support muss fortwährend und zeitnah gewährleistet sein. Er ist Grundlage für einen effizienten Technikeinsatz.

- Ergonomie, Funktionalitäten und Abläufe müssen die Bedürfnisse der Beschäftigten berücksichtigen und diese bei ihrer Arbeit unterstützen.

- Digitalisierungsinhalte müssen in Studium, Aus- und Fortbildung fortlaufend aktualisiert werden.

- Die Basiskompetenzen digitalen Verwaltungshandelns und Veränderungskompetenz müssen fachspezifisch, berufsgruppen- und laufbahngerecht vermittelt werden.

- Im Landespersonalvertretungsgesetz und im Betriebsverfassungsgesetz sind die Mitbestimmungstatbestände, Erörterungsrechte und allgemeinen Initiativrechte der Personal- und Betriebsräte aufgrund der Herausforderungen der Digitalisierung zu modifizieren und neu zu gestalten. Das Telearbeits- und Homeoffice-Angebot sowie der Schutz der Betroffenen sind unter Einbeziehung der Personalvertretungen und Betriebsräte auszubauen. Gezielte Bildungsangebote müssen zwingend entwickelt werden.

- Für Projekte im Digitalisierungsprozess muss neben genügend Mitteln und Personal auch immer

genügend Zeit eingeplant werden.

- Stärkere Anstrengungen bei der Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst sind unerlässlich, um qualifizierte IT-affine Bewerberinnen und Bewerber rekrutieren beziehungsweise verstärkt ausbilden zu können.
- Für Digitalisierung im öffentlichen Dienst müssen mehr Ressourcen bereitgestellt werden.

Nur mit motivierten Menschen, die die Technik gestalten und anwenden, kann die Digitalisierung gelingen. Deshalb muss Digitalisierung auch im Zusammenhang mit Gesundheitsmanagement im öffentlichen Dienst gesehen werden. Insbesondere das Gefühl ständiger Erreichbarkeit und sofortiger Reaktionserfordernis führt zu „digitalem Stress“ und zu gesundheitsschädlicher Entgrenzung. Zunehmend hier zu beobachtende Folgen sind Unzufriedenheit, psychischer Druck und krankmachende Überlastung. Der dbb rheinland-pfalz fordert ein frühzeitiges Gegensteuern der öffentlichen Dienstherren/Arbeitgeber.

Erfolgreiche Digitalisierung ist eine Frage des Miteinanders – wir sind dialogbereit. ■

Arbeitskreis Seniorenpolitik

Seniorenpolitik vorrangige Zukunftsaufgabe

Erste Sitzung unter Leitung des Vorsitzenden Robert Tophofen

Robert Tophofen, der stellvertretende dbb Landesvorsitzende und Vorsitzende des Arbeitskreises „Senioren“ beim Landesbund, definiert die seniorenpolitische Arbeit angesichts der demo-

grafischen Entwicklung als vorrangige Zukunftsaufgabe auch in der Gewerkschaft. Seniorenstimmen müssten lauter werden, um politisch in wichtigen Themenfeldern wie dem gesellschaftlichen

Zusammenhalt, der Infrastrukturverbesserung, der Förderung ländlicher Räume, der (technisierten) Zukunft im Alter und den Mitspracherechten weiterzukommen.

Den Arbeitskreismitgliedern berichtete er von seinen, seit seiner Wahl zum dbb Landesvorsitzenden mit Aufgabenbereich Seniorenvertretung wahrgenommenen Terminen, darunter die 5. Seniorenpoliti-

sche Fachtagung „Wohnen im Alter – Unbezahlbar in der Stadt oder verlassen auf dem Land?“, eine Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung sowie eine Fortbildung „Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung“ der dbb bundesseniorenvertretung.

Der Arbeitskreis befasste sich sodann in teils kontroverser Diskussion eingehend mit Fragen der Alterssicherung, sowohl im System der Beam-



> Mitglieder des Arbeitskreises Seniorenpolitik beim dbb rheinland-pfalz.

tenversorgung als auch im System der gesetzlichen Rentenversicherung. Hier ging es um die Konsolidierung/Verbesserung des Versorgungsniveaus und die Bewahrung der Eigenständigkeit der Versorgungssysteme sowie um einen Initiativvorschlag zur letztlich steuer-

finanzierten gesetzlichen Festschreibung einer Mindestrente in Höhe der Grundsicherung. Beide Themen tangierten die vom Gremium einhellig gestützte dbb Kritik an der rentenversicherungsrechtlichen Bürgerversicherung im Sinne einer Erwerbstätigenversiche-

rung (Einheitsrente). In einer solchen Rente sieht auch die dbb bundesseniorenvertretung keinen wirksamen Beitrag zur nachhaltigen Sicherung des Systems der gesetzlichen Rentenversicherung. Der Arbeitskreis stützte diese Position. ■

dbb rheinland-pfalz zu Gast bei SPD-Landtagsfraktion

Schweitzer/Lenz: Attraktivität des öffentlichen Dienstes entscheidend für Nachwuchs- und Fachkräftesicherung

4

Gewalt gegen öffentlich Bedienstete: Ansätze zur Optimierung von Opferhilfen diskutiert

Wertschätzung gegenüber dem Personal sowie der stets prüfende Blick auf die Konkurrenzfähigkeit der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst sind aus Sicht des dbb rheinland-pfalz und der SPD-Landtagsfraktion grundlegend zur Festigung der Attraktivität des Staates als guter Arbeitgeber. Nur so lassen sich geeigneter Nachwuchs gewinnen und bewährte Beschäftigte halten im Wettstreit mit der Privatwirtschaft und anderen öffentlichen Karriereanbietern.

Das stellten die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz und der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, Alexander Schweitzer MdL, in einem Gespräch über die Lage des öffentlichen Dienstes übereinstimmend fest.

dbb Landeschefin Lilli Lenz: „Wir haben im Auftrag unser Mitglieder einen ganzen Strauß an Vorschlägen, mit denen der öffentliche Dienst in Rheinland-Pfalz attraktiv gemacht werden kann im Rennen um qualifizierte

Kräfte. Ob das nun Forderungen nach verbesserten, dynamisierten und ruhegehaltstfähigen Zulagen oder nach Arbeitszeitflexibilisierungen und nach mehr Gesundheitsmanagement sind: Es müssen mittelfristig mehr Mittel lockergemacht werden. Und zwar ergänzend zum aktuellen landesrechtlichen Aufholten in der bundesweiten Rangliste der Beamtenbesoldung, was ein großer und wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist.“

SPD-Fraktionschef Alexander Schweitzer: „Die SPD-geführte Landesregierung hat bewusst einen finanziellen Kraftakt vollzogen, um die Attraktivität der Beamten- und Richterverhältnisse in Rheinland-Pfalz weiter zu steigern. Die Besoldung wurde und wird für die

Jahre 2019 und 2020 um jeweils 3,2 Prozent gesteigert sowie für 2021 um 1,4 Prozent. Hinzu kommt eine außerordentliche Bezügeanpassung um jeweils 2 Prozent zum 1. Juli 2019 und zum 1. Juli 2020. Die Besoldungsanpassung stellt eine Investition in die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes dar und zeigt die große Wertschätzung des Landes gegenüber seinen Beamtinnen und Beamten.“ Die Gesprächsparteien positionierten sich entschieden gegen Gewalt zum Nachteil öffentlich Bediensteter. Grundsätzlich offen zeigte sich die SPD-Landtagsfraktion für dbb Vorschläge zur Verbesserung und Ausweitung von Hilfsangeboten für Opfer zunehmender Gewalt gegen Mitarbeitende des öffentli-

chen Dienstes. Der dbb rheinland-pfalz plädiert für möglichst anonyme Kontaktmöglichkeiten zu zentralen Vertrauenspersonen oder Dienstleistern sowie für den Ausbau interner und externer Hilfsangebote.

Neben der dbb Landeschefin Lilli Lenz waren die stellvertretenden Landesvorsitzenden Elke Schwabl, Hans-Dieter Gattung, Lars Lamowski, Peter Mertens und Robert Tophofen beim Gespräch dabei. Für die SPD-Landtagsfraktion nahmen der Vorsitzende Alexander Schweitzer, die stellvertretenden Vorsitzenden Kathrin Anklam-Trapp und Jens Guth sowie die Abgeordneten Dr. Tanja Machalet und Lothar Rommelfanger teil. ■



> Die stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Hans-Dieter Gattung, Lars Lamowski, Elke Schwabl und Peter Mertens, dbb Landeschefin Lilli Lenz, der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Robert Tophofen, SPD-Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer, die Landtagsabgeordneten Dr. Tanja Machalet, Lothar Rommelfanger sowie die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Jens Guth und Kathrin Anklam-Trapp (von links).